

«Ich fordere einen intensiveren Dialog»

Gesundheitswesen Anlässlich der gestrigen 11. Generalversammlung der Liechtensteiner Patientenorganisation (Lipo) sprach das «Vaterland» mit Präsident Josef Marxer über Streit um die KVG-Reform, die Lehren daraus und seine Erwartungshaltung an das Jahr 2017.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Ihr erstes Jahr als Lipo-Präsident ist vorüber. Kein einfacher Auftakt, den Sie sich da ausgesucht haben ...

Josef Marxer: Na ja, die Amtszeit hat sich eher mich ausgesucht, nicht umgekehrt. Es war turbulenter, als ich erwartet hatte, dafür aber umso erkenntnisreicher.

Haben Sie es zwischendurch bereut, das Amt übernommen zu haben? Der Streit rund um die KVG-Revision respektive die Krankenversicherungsverordnung war nun wahrlich keine ruhmreiche Episode in der gesundheitspolitischen Geschichte unseres Landes.
Nein, das habe ich nicht bereut. Ich wollte mich schon seit Langem ausserhalb politischer Parteien für die Gesellschaft engagieren. Dass der Streit derart eskalierte, erklärt sich vor allem dadurch, dass es für die Beteiligten um sehr viel geht. Ich glaube aber auch, dass wir als Land das wesentlich besser können sollten.

Wie stark empfand die Lipo im Zuge der Auseinandersetzungen, dass der Patienten involvierten Akteuren vornehmlich als Spielball und Druckmittel diente?

Ich hatte kaum den Eindruck, dass die Debatte im Sinne des Patienten und Krankenversicherten geführt wurde. Sie verlief hauptsächlich zwischen dem Gesundheitsministerium, Krankenkassenverband und der Ärztekammer. Es liegt leider in der Natur der Sache, dass die Versicherten hier am schlechtesten informiert sind und sich am leichtesten auspielen lassen.

Die Lipo hielt sich öffentlich sehr zurück. Hätte sie die Beteiligten nicht stärker daran erinnern müssen, dass es hier letztlich um das Wohl der Patienten geht? Hätte sie noch stärker den gemeinschaftlichen Dialog einfordern müssen?

Eigentlich haben wir genau das getan. Wir versuchten in der Auseinandersetzung deeskalierend einzuwirken und kein Ölins Feuer zu giessen. Unsere Kommunikationstrategie war bisher eben, nicht laut zu trommeln und anzugreifen und eher im Hintergrund zu agieren. Ich muss hier aber klarstellen, dass die Lipo aus dem Verordnungstreit komplett ausgeschlossen war und wir nie offiziell über den Inhalt der Verordnung informiert wurden, obwohl es dabei letztlich um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ging. Aber wir haben aus den Auseinandersetzungen auch gelernt

und planen in Zukunft, auch mit einem nun teilerneuerten Vorstand deutlich aktiver mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren und unsere mediale Präsenz zu erhöhen.

Welche Lehren lassen sich noch daraus ziehen?

Ich fordere einen deutlich intensiveren und institutionalisierten Dialog im Gesundheitswesen. Es gibt kein einziges offizielles Forum, keine Kommission, die die Steakholder im Gesundheitswesen in angemessener Weise zusammenbringt – also Regierung, Parlament, Gesundheitsamt, Leistungserbringer, Versicherungen, Pharma und Patienten. In anderen Ländern gibt es das, und in der Vergangenheit hatten wir das wenigstens im Ansatz. Etwa in Gestalt der Landesgesundheitskommission. Leider fehlte aber immer zumindest ein wichtiger Akteur, um Themen ganzheitlich diskutieren zu können. Heute läuft bei uns hingegen alles immer nur bilateral ab. Fehlender Dialog führt unweigerlich zu Missverständnissen und somit zu Missstrauen, Opfermythen und Rechthabereien. Und dafür bezahlt letztlich der Patient teuer.

In Ihrem Jahresbericht betonen Sie die Wichtigkeit einer starken Patientenvertretung. Was macht eine solche aus?

Unsere Mission ist die Vertretung der Versicherten und der Patienten. Einerseits unterstützen wir Patienten in Konfliktsituationen mit Versicherungen und mit Ärzten. Andererseits vertreten wir deren Anliegen vor Regierung, Gesetzgeber und Staat. Im Sinne der Sache brauchen wir ein gewisses Gewicht, um unsere Rolle auch wirksam wahrnehmen zu können. Wir suchen daher immer Mitglieder und Gönner, die sich mit unserer Arbeit identifizieren können und aus Solidarität zu Patienten und Mitmenschen in schwierigen Lebenssituationen die Lipo unterstützen.

Wie wichtig ist ein Erfolg, wie ihn die Lipo mit ihrem Rechtsvertreter im letzten Herbst vor Gericht verbuchen konnte, als sie einen Versicherten dabei unterstützte, sein von der Krankenkasse verweigertes Taggeld zu erhalten? Schärft das das Profil? Verschafft das Aufmerksamkeit?

Wir betreuen viele kleinere Fälle, die relativ schnell und einfach gelöst werden. Fälle, in denen bis zum Äussersten vor Gericht gestritten wird, haben starke Signalwirkung und unterstreichen sicherlich die Bedeutung einer unabhängigen Patientenorganisation. Freilich tragen solche Erfahrungen auch zur Verbesserung

unserer Dienstleistungen bei.

In den letzten Monaten hat die Lipo eine Zunahme bei den an sie gerichteten Versicherungsfragen festgestellt. Ist die Verunsicherung bezüglich des neuen KVGs bei den Patienten so gross?

Tatsächlich haben sich entsprechende Anfragen im ersten Quartal 2017 im Vergleich zur Vorjahresperiode etwa verdoppelt. Das kam nicht unerwartet, denn jede Umstellung bringt zunächst mal neue Unsicherheiten für alle Beteiligten, und somit kann bis anhin auch nicht von einem neuen Trend gesprochen werden. Wir sehen, dass vieles sehr viel teurer oder plötzlich kostenpflichtig geworden ist, und im Allgemeinen ist es derzeit mitunter sehr schwierig, überhaupt herauszufinden, welche Leistungen noch von den Versicherungen abgedeckt werden. Das wird in nächster Zeit zu reden geben

Gibt es auch positive Erwartungshaltungen an die nähere Zukunft?

Ich bin Optimist. Das Gesundheitswesen betrifft alle und es wird sich weiterentwickeln. Für den Herbst steht eine Revision an, und das ist immer eine Chance. Ich möchte an dieser Stelle den neuen Landtag aufrufen, dem Thema angemessene Beachtung

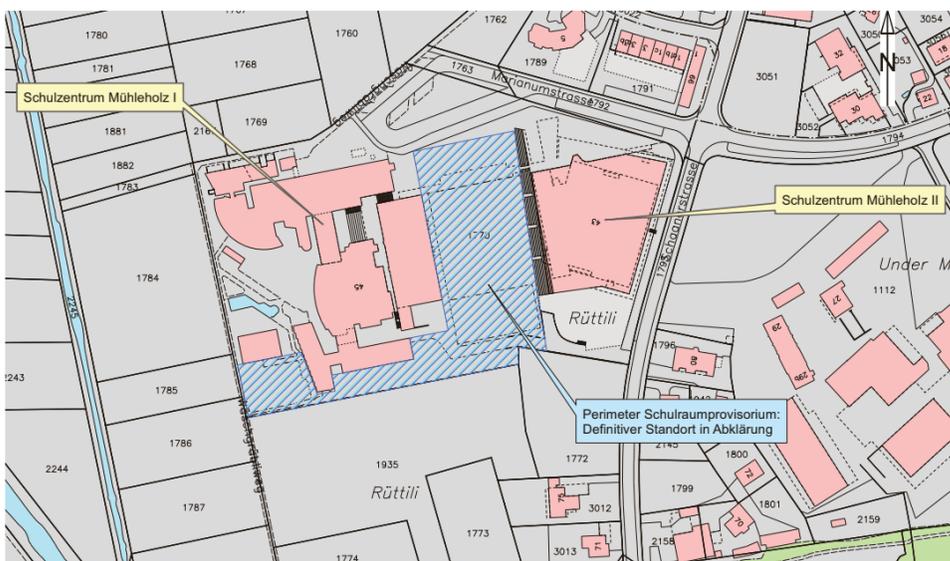
zu schenken. Dem letzten Landtag fehlten offenbar die Ressourcen dazu. Das muss sich unbedingt ändern, und ich höre diesbezüglich durchaus vielversprechende Signale. Letztlich sind wir alle und alle, die uns lieb sind, irgendwann Patienten.

Der Lipo-Vorstand 2017: Josef Marxer (Präsident, bisher), Ernst Büchel (neu), Anton Gerner (bisher), Anita Gstöhl (neu), Monika Hemmer (bisher), Renate Müssner (bisher), Dominik Schatzmann (neu), Herlinde Tiefenthaler (bisher)

«Ich hatte kaum den Eindruck, dass die Debatte im Sinne des Patienten geführt wurde.»



Josef Marxer
Lipo-Präsident



Hier würden die Schüler der Realschule und der Sportschule Schaan provisorisch untergebracht.



Die Lehrgänge der BMS sollen am Standort Giessen zusammengeführt werden.

Pläne: B&A

Erste Schritte müssen zeitnah angegangen werden

Entscheid Die Regierung misst der Schulbautenstrategie hohe Priorität zu – deshalb soll sie noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Eine Analyse hat jedoch gezeigt, dass schon jetzt erste Schritte nötig sind, um ein bedarfsgerechtes Schulraumangebot zu gewährleisten.

In Liechtenstein gibt es 22 öffentliche und drei private Schulen. Unter die öffentlichen Schulen fallen 11 Schulen (Kindergarten, Primarschule), deren Träger die Gemeinden sind, und 11 Sekundarschulen, welche, gestützt auf das Schulgesetz, vom Staat zu errichten und zu erhalten sind.

Hohe Mietkosten würden entfallen

Doch die Analyse einer Arbeitsgruppe hat nun gezeigt, dass die pädagogischen, schulorganisatorischen und baulichen sowie betrieblichen Anforderungen nicht mehr an allen Standorten erfüllt sind. Die Regierung sieht bei zwei Schulstandorten Handlungsbe-

darf. Und zwar so schnell als möglich. Das Kloster St. Elisabeth in Schaan weist neben der Tatsache, dass es die vorgenannten Anforderungen nicht mehr erfüllt, offenbar auch Mängel im Bereich des Brandschutzes und im Bereich der Behindertengerechtigkeit auf.

Der Liechtensteiner Behindertenverband habe die Regierung bereits auf diesen Umstand hingewiesen und aufgefordert, die Mängel bis Ende 2018 zu beseitigen. «Im bestehenden Gebäude ist eine Umsetzung der geforderten Massnahmen jedoch nicht ohne einen erheblichen und kostenintensiven Umbau möglich», hält die Regierung in einer

Medienmitteilung fest. Aber auch die hohen Miet- bzw. Betriebskosten von ca. 750 000 Franken pro Jahr würden gegen eine Beibehaltung des Standorts sprechen.

Eine Auflösung des Standorteshabe überdies den Vorteil, dass sich die Möglichkeit ergebe, alle 110 Schülerinnen und Schüler der Sportschule (Sekundarstufen I und II) und der Realschule Schaan an einem einzigen Standort zusammenführen zu können. Eine solche Anbindung sei nur am Standort Mühleholz möglich. Die Zusammenführung am Standort Mühleholz bringe aufgrund seiner zentralen Lage und der optimalen Verkehrsanbindung erhebliche Synergien in Bezug auf die

gemeinsame Nutzung der Spezialräume, der Mensa, im Fächerangebot, der Stundenplanorganisation, der gemeinsamen Nutzung der Sportanlagen, der Fahrgemeinschaften Sportschule etc.

Mittelfristig einen neuen Standort definieren

Auch in Bezug auf den Schulstandort Giessen besteht aus Sicht der Regierung, unabhängig von der Beschlussfassung über die Schulbautenstrategie, Handlungsbedarf. Denn im bestehenden Schulhaus sei derzeit das Raumangebot für die gleichzeitige Führung aller Vollzeitlehrgänge der Berufsmaturitätsschule (BMS) und des Freiwilligen 10. Schuljahrs nicht vor-

handen. Und die bestehenden Fachräume seien für zeitgemässe Unterrichtsformen unzureichend. «Schulorganisatorisch stellt auch die räumliche Distanz des Standortes des Vollzeitlehrgangs zum Standort des Teilzeitlehrgangs ein Problem dar», hält die Regierung fest. Derzeit wird der Teilzeitlehrgang der BMS am SZMI, der Vollzeitlehrgang am Standort Giessen durchgeführt. «Aus diesen Gründen sollen alle Lehrgänge inkl. der Schulleitung und Verwaltung am Standort Giessen provisorisch zusammengeführt werden.» Mit der Errichtung eines Schulraumprovisoriums am Standort Giessen können gemäss Regierung bereits heute durch die BMS genutzte und

für das Freiwillige 10. Schuljahr nicht benötigte Räume weiterhin genutzt werden. Zudem stehe der BMS sowie dem Freiwilligen 10. Schuljahr die vorhandene Infrastruktur gemeinsam zur Verfügung. Mittelfristig müsse für die BMS im Rahmen der landesweiten Schulbautenstrategie aber ein neuer Standort definiert werden, damit das Giessen-Areal zum Ende der Lebensdauer des Schulgebäudes ab ungefähr 2030 für die Nutzung im Zusammenhang mit der künftigen Strategie für Verwaltungsbauten des Landes zur Verfügung stehe.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li